



Medienkonferenz zum Massnahmenplan „Integration konkret 2014-2017“ vom Mittwoch, 8. Januar 2014

REFERAT VON GEMEINDERÄTIN FRANZISKA TEUSCHER, DIREKTORIN FÜR BILDUNG, SOZIALES UND SPORT

*[Es gilt das gesprochene Wort.]*

Sehr geehrte Medienschaffende

Ich freue mich sehr, Ihnen den vorliegenden Massnahmenplan „Integration konkret 2014-2017“ vorzustellen. Es ist natürlich kein Zufall, dass wir Sie dazu ins Clubhaus des SC Holligen, ins Restaurant Tribuna, eingeladen haben.

Der SC Holligen hat 2012 den Integrationspreis der Stadt Bern gewonnen. Nicht nur, weil er gut Fussball spielt, sondern weil der Verein auch ausserhalb des Spielfeldes gezielt integrative Massnahmen verfolgt: Das geht von Nachhilfestunden bis zur Vermittlung zu möglichen Lehrbetrieben. Die Trainerinnen und Trainer engagieren sich stark: Sie wollen die Kinder und Jugendlichen auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in Schule und Beruf vorbereiten.

Der SC Holligen steht exemplarisch dafür, dass Integration überall – eben auch auf und neben dem Sportplatz – geschieht. Nun sind wir ja aber nicht auf dem Sportplatz, sondern im Restaurant „Tribuna“. Auf der Speisekarte stehen Gambas, Pulpo, Mejillones oder Bacalao – also galicische Spezialitäten, denn Javier Mira, der Pächter des Lokals, stammt aus dieser spanischen Provinz. Einerseits zeugen solche Spezialitäten von der grossen kulinarischen Vielfalt, die wir heute in der Schweiz dank der Zuwanderung geniessen dürfen. Andererseits zeigt „La Tribuna“ auch, wie gross die Bedeutung der Migrationsbevölkerung ist, was Firmen, was Unternehmen angeht. Wussten Sie zum Beispiel, dass 40 Prozent der Unternehmen in der Schweiz von Ausländerinnen und Ausländern gegründet werden? Oder dass in der Gastronomie mehr als die Hälfte aller Arbeitsstunden von Ausländerinnen und Ausländern geleistet wird?

Von Migrantinnen und Migranten geführte Unternehmen sind wichtig: wirtschaftlich und sozial. Geschäfte von Migrantinnen und Migranten werden besonders oft von Landsleuten besucht und sind dadurch oft Treffpunkte und Informationsdrehscheiben. Unternehmen von Migrantinnen und Migranten bieten Arbeitsplätze – nicht selten auch für Personen mit erschwertem Zugang zum einheimischen Arbeitsmarkt – und – leider noch zu selten – auch Ausbildungsplätze an. Und last but not least zeigen diese Unternehmen die Vielfalt der Gesellschaft. Sie stärken das Selbstverständnis der Berner Bevölkerung als vielfältige Bevölkerung – eine Tatsache, die angesichts der teilweise fremdenfeindlichen Stimmung wichtig ist.

Natürlich sind wir hier, weil es einen Zusammenhang zum Massnahmenplan „Integration konkret“ gibt: Sowohl der Sportverein als auch das Restaurant als Migranten-KMU sind in Form von Massnahmen abgebildet. So ist vorgesehen, dass das Sportamt mit der Städtischen Vereinigung für Sport SVS konkrete Schritte plant, um die interkulturelle Öffnung der Sportvereine noch weiter voranzutreiben.

Und betreffend KMU werden das Kompetenzzentrum Integration und "Wirtschaftsraum Bern" sogenannte Fokusgruppengespräche mit Unternehmerinnen und Unternehmern aus der Migrationsbevölkerung führen. Damit die Stadt einerseits den Anliegen und Bedürfnissen der Migrantinnen und Migranten betreffend Information und Unterstützung besser begegnen kann. Und damit die Stadt die Schlüsselrolle der Unternehmer innerhalb ihrer Herkunftsgemeinschaft besser nutzen kann, um Informationen an Migrantinnen und Migranten zu bringen.

Hier findet Integration statt – ich habe es schon gesagt – still und unbeachtet im Alltag: Integration findet statt in der Kita, bei der Arbeit, im Quartier oder eben auf dem Sportplatz. Also überall, wo die städtische Verwaltung Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringt. Deshalb ist es von grosser Bedeutung, dass die gesamte Verwaltung daran arbeitet, einerseits die eigenen Angebote und Dienstleistungen für alle zugänglich zu machen und andererseits gezielte Angebote für die Migrationsbevölkerung zu entwickeln, wenn dies nötig ist.

Integration wird in der Stadt Bern schon seit Jahren gross geschrieben. Wir waren eine der ersten Schweizer Städte mit einem Leitbild zur Integrationspolitik. Das war vor 14 Jahren. Seither haben wir viele integrationspolitische Massnah-

men umgesetzt. Mit dem Massnahmenplan „Integration konkret 2014-2017“ machen wir einen weiteren wichtigen integrationspolitischen Schritt.

Das Papier zeigt auf, wie die Stadtverwaltung Bern die Integrationspolitik konkret vorantreibt und das seit 2010 gültige Leitbild zur Integrationspolitik umsetzt. Er umfasst Massnahmen von der Frühförderung bis zur religionsgerechten Bestattung für Angehörige aller Weltreligionen. Sie hören danach gleich mehr dazu von Ursula Heitz, der Leiterin des Kompetenzzentrums Integration.

In der Stadt Bern lebten Ende 2012 32 830 Ausländerinnen und Ausländer, das ist fast jede vierte Person (23,8% der gesamten Wohnbevölkerung). Rund ein Drittel aller Bernerinnen und Berner hat einen Migrationshintergrund – das heisst: sie selbst oder ihre beiden Elternteile sind im Ausland geboren. Und sie kommen aus 161 verschiedenen Nationen. Mehr als ein Drittel aller Kinder unter 16 Jahren in der Stadt Bern hat keinen Schweizer Pass – Kinder mit Schweizer Pass, aber ausländischen Wurzeln nicht miteinberechnet.

Wenn die Stadt Bern also einen umfassenden und breit gefächerten Massnahmenplan zur Integration vorlegt, dann geht es nicht um Minderheitenpolitik. Und noch weniger handelt es sich um ein Luxusprojekt. Angesichts wirtschaftlicher Krisen und der grossen Zuwanderung im Rahmen der Personenfreizügigkeit stehen Migration und Integration im Zentrum der politischen und öffentlichen Debatte. Auf dem Sorgenbarometer der Schweizerinnen und Schweizer vom Herbst 2013 erscheinen Ausländerinnen und Ausländer sowie Asylfragen auf Platz 2 und 4. Und es stehen uns Abstimmungen über zwei Initiativen bevor – die SVP-Masseneinwanderungsinitiative sowie die ECOPOP-Initiative – welche diese Ängste aufnehmen und – ja – auch instrumentalisieren. Vor drei Monaten wurde die Einbürgerungsinitiative der Jungen SVP überraschend angenommen (wenn auch nicht in der Stadt Bern). Das sind Zeichen von Ängsten und schwindender Toleranz, von einem härteren gesellschaftlichen Klima.

Angst macht schlechte Politik – die Stadt Bern packt das Thema Integration deshalb proaktiv an und macht mit dem vorliegenden Massnahmenplan deutlich, wie ernst sie das städtische Zusammenleben in der Vielfalt nimmt. Die Stadt soll für alle Einwohnerinnen und Einwohner ein Leben in Würde ermöglichen und allen dieselben Chancen bieten, ihr Potenzial zu entfalten. Damit meine ich, dass Migrantinnen und Migranten eine Arbeit haben sollen, die ihren Qualifikati-

onen entspricht. Damit meine ich, dass Jugendliche sich im Arbeitsmarkt sollen behaupten können, auch wenn sie nicht hier zu Schule gegangen sind. Oder damit meine ich, dass Ausländerinnen und Ausländer sich politisch einbringen können, auch wenn sie nicht stimmen und wählen dürfen.

Damit meine ich – kurz gesagt: Bernerinnen und Berner sollen ungeachtet ihrer Herkunft am städtischen Leben teilhaben und mitwirken – nur so verhindern wir Ausgrenzung und gesellschaftliche Spaltung. Das ist der Grundgedanke der städtischen Integrationspolitik und damit auch von „Integration konkret 2014-2017“.

"Integration konkret" – das sind 72 konkrete Massnahmen aus allen fünf Direktionen. Diese grosse Anzahl Massnahmen und die Beteiligung so vieler Stellen zeigt, wie ernst die Stadt Bern das Thema nimmt, und dass sie konkret an der interkulturellen Öffnung arbeiten will. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – damit ist gemeint, dass die Stadtverwaltung als Dienstleistungserbringerin und als Arbeitgeberin für alle Bürgerinnen und Bürger, also auch zugewanderte und fremdsprachige – offen steht. Das heisst auch, dass städtische Mittel effektiv eingesetzt werden – ein Thema, das selten so aktuell war wie genau jetzt.

Auch wenn eine so grosse Anzahl Massnahmen auf den ersten Blick den Eindruck von Zusatzaufwand entstehen lässt, sind wir davon überzeugt, dass eine effiziente Umsetzung der Massnahmen mittelfristig kostensparend wirkt. Weil nämlich die Dienstleistungen der Stadt dort ankommen, wo sie genutzt werden sollen. Ein Beispiel: Wenn Eltern von Klein- und Schulkindern in ihrer Erziehungsarbeit unterstützt werden, können damit Folgekosten bei Schule und Gesundheit vermieden werden.

Selbstverständlich macht sich nicht nur die Stadt Bern Gedanken zu diesem Thema. Es tut sich derzeit viel im Bereich der Integration: Wir warten auf das kantonale Integrationsgesetz, das voraussichtlich 2015 in Kraft tritt und seit diesem Jahr ist das kantonale Integrationsprogramm KIP am Laufen. Beides gibt der Stadt Bern den Rahmen vor, innerhalb dessen sie aktiv werden kann und aktiv ist.

Als Direktorin für Integration habe ich grosse Freude, dass es uns gelungen ist, einen umfassenden Massnahmenplan in Zusammenarbeit mit allen fünf Direktio-

nen zu erarbeiten. Der Massnahmenplan "Integration konkret" ist eine tolle Arbeitsgrundlage und hilft uns Ausgrenzungen zu vermeiden. Das bedeutet: Mehr Chancen für die Migrationsbevölkerung, aber auch für die einheimische Bevölkerung. Ich bin überzeugt: kulturelle Vielfalt ist wichtig – und eine grosse Bereicherung für die Stadt Bern.